

Um aus der Aktivität akuter Atemwegserkrankungen spezifisch die Influenza-Aktivität beurteilen zu können, untersucht das Nationale Referenzzentrum (NRZ) für Influenza am RKI Proben aus dem Sentinel im Rahmen der virologischen Surveillance. Ein Teil der Sentinelpraxen meldet nicht nur akute Atemwegserkrankungen, sondern entnimmt Nasenabstrichproben bei Patienten mit influenza-typischer Symptomatik und sendet sie an das NRZ. Das NRZ für Influenza führt als nationales Referenzlabor auch weitergehende Untersuchungen der nachgewiesenen Influenzaviren durch und testet zum Beispiel auf antivirale Resistenz. Seit vier Jahren wird die virologische Surveillance der AGI vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Bayern (LGL) durch virologische Daten ergänzt.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage des LGL unter nachstehenden Links:

[www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheit/infektionsschutz/doc/sentinel\\_bis.pdf](http://www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheit/infektionsschutz/doc/sentinel_bis.pdf)

und

[www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheit/infektionsschutz/doc/ge\\_proben\\_begleit\\_influenza.pdf](http://www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheit/infektionsschutz/doc/ge_proben_begleit_influenza.pdf)

*Robert Koch-Institut*

## Organspende als Gewissensfrage

Das Recht auf Selbstbestimmung oder eine einmalige Äußerung zur Spendebereitschaft, die Leben retten könnte? Welche Hoffnungen, Fragen und Ängste knüpfen sich an die Organspende? Wann ist der Hirntod tatsächlich eingetreten, welche gesetzlichen Regelungen greifen und welchen Belastungen sind die Angehörigen der Verstorbenen ausgesetzt? Fragen, die Ende Januar auf einem interdisziplinären Forum der Katholischen Akademie Bayern in München diskutiert wurden. Organspende als Gewissensfrage, in der es um Werte und Moral geht und wobei neben ethischen auch juristische und natürlich medizinische Gründe eine große Rolle spielen. Rund 150 Gäste hörten hierzu Vorträge aus den unterschiedlichen Perspektiven Medizin, Recht, Ethik und Religion.

„Ist der Organspender wirklich tot?“, lautete der Titel des Vortrags von Professor Dr. Heinz Angstwurm, emeritierter Professor für Neurologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Diese Frage stelle sich, weil der Organspender kein äußeres sicheres Todeszeichen aufweise und die äußeren Umstände seinen wahren Zustand verschleiern. Gerade die An-



*Viele Zuhörer kamen zur Veranstaltung zum Thema Organspende, organisiert von der Katholischen Akademie in Bayern.*

gehörigen seien dadurch häufig verunsichert. Jedoch könne der Hirntod als „unabänderlich endgültig erloschene Gesamtfunktion des Gehirns während der Intensivbehandlung und Beatmung festgestellt werden“, führte Angstwurm fort. In Richtlinien der Bundesärztekammer sei dies geregelt. Biologisch fehlten mit dem Hirntod die Kennzeichen des Menschen als Lebewesen. Andere verließen sich hingegen auf das Verantwortungsbewusstsein von Ärzten, Juristen, Philosophen und Gesetzgebern und retteten damit Leben.

Rund 12.000 Schwerkranke warten in Deutschland auf einen Organspender, drei von ihnen sterben täglich, weil zu wenig Menschen ihre Organe spenden.

Für Professor Dr. Ulrich Schroth, Professor für Strafrecht an der Universität München, sind postmortaler Persönlichkeitsschutz und Organentnahme keine Gegensätze. Er beklagt die geringe Spendebereitschaft in Deutschland und mahnt, unser Land befände sich, was das Organaufkommen anbelange, nicht einmal im europäischen Durchschnitt. Die derzeit geltende Erklärungslösung sei nichts anderes, als eine erweiterte Zustimmungslösung, ohne dass für die Bürger hier ein Erklärungszwang bestehe. Die Gegner der Widerspruchslösung kritisierten vor allem die Nötigung, sich zu Lebzeiten mit dem Tod auseinandersetzen zu müssen, die diese Entscheidung bewirke. Zwar stelle die Widerspruchslösung einen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht dar, dieser sei jedoch zulässig, da der Gesetzgeber im Artikel 2 des Grundgesetzes zugleich festschreibe, dass jeder das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und der Staat gegenüber Schwerkranken eine Schutzpflicht habe. „Dem ist nichts hinzuzufügen“, erklärte Schroth. Auch Dr. Uta Teßner, Ärztliche Koordinatorin in der



*Dr. Wolfgang Wesiack (Präsident des Bundesverbandes Deutscher Internisten e. V.), Klaus Peter Rupp (ehrentamtlicher Stadtrat München), Dr. Max Kaplan (Präsident der Bayerischen Landesärztekammer – BLÄK), Dr. Wolf von Römer (1. Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Internisten e. V.) und Dr. Ruth Spranger (Regionale Vorstandsbeauftragte der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns – KVB für Niederbayern) v. li., diskutierten am Rande des Kongresses „Diabetologie grenzenlos“ in München über das Versorgungsstrukturgesetz. Kaplan betonte, wie wichtig eine Beteiligung der BLÄK bei der sektorübergreifenden Bedarfsplanung sei, vor allem im Hinblick auf die Einrichtung der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung. Die BLÄK sei hier für jegliche Kooperation mit der KVB offen. Langfristig müssten Honorare regionalisiert, die Schnittstellen besser miteinander verzahnt und die Weiterbildung der nachfolgenden Ärztinnen und Ärzte gefördert werden. Ein weiterer Punkt sei die Filialisierung, im Rahmen derer mehrere Ärzte gemeinsam die Grundversorgung sicherstellen könnten.*

*Sophia Pelzer (BLÄK)*

Deutschen Stiftung Organtransplantation aus München, betonte in ihrem Vortrag, wie entscheidend die Begleitung der Angehörigen bei Fragen nach einer Organspende sei. Aufklärung und ärztliche Beratung seien zentral. Obwohl viele Angehörige zunächst überfordert seien, wenn sie vor der Entscheidung stehen, einer Organspende zuzustimmen oder zu widersprechen, stünden sie der Organspende langfristig und nach erfolgter Transplantation positiv gegenüber.

*Sophia Pelzer (BLÄK)*

## Neuausrichtung der Gesundheitsversorgung

Der diesjährige BKK Tag, der Mitte Februar 2012 in München stattfand, stand ganz im Zeichen des demografischen Wandels, der alternden Bevölkerung und den Herausforderungen der medizinischen Versorgung. „Ändert das Altern der Gesellschaft die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung?“, war die Leitfrage, über die rund 180 Experten aus Gesundheit, Wissenschaft und Politik diskutierten.

Sigrid König, Vorständin des BKK Landesverbandes Bayern, sprach von einem schlüssigen Gesamtkonzept zur patientenorientierten Versorgung, das der demografische Wandel erforderlich mache.

Der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, zeigte sich erleichtert über die Einigung der Krankenkassen mit dem Bayerischen Hausärzterverband bei den Hausarztverträgen. Für die Ersatzkassen

stünde der Schiedspruch noch aus. „Flächendeckend müssen die neuen Hausarztverträge nun unter Dach und Fach gebracht werden“, betonte Huber. Zugleich sprach er sich für die Stärkung der Selbstverwaltung innerhalb des Versicherungssystems aus, mahnte aber auch zu mehr Prävention. Das GKV-Versorgungstrukturgesetz sei ein erster Ansatz. „Um langfristig mehr Ärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen, müssen wir mehr Regionalität in der Vergütung und Bedarfsplanung erreichen“, so der Staatsminister. Nur mit genügend Ärzten und einer flächendeckenden Palliativversorgung könnten auch Menschen im Alter möglichst lange selbstständig leben.

Professor Dr. Elmar Gräbel, Leiter der Medizinischen Psychologie und Medizinischen Soziologie, Psychiatrische und Psychotherapeutische Klinik am Universitätsklinikum Erlangen, betonte in seinem Vortrag, wie wichtig ein gesunder Lebensstil sei. Körperliche Bewegung, kognitive und psychomotorische Aktivität, aktive Alltagsgestaltung und der Verzicht auf das Rauchen seien sowohl zur primären und sekundären Prävention der Alzheimer Demenz wirksam als auch wenn es um andere Volkskrankheiten, wie Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes oder Hypertonie ginge.

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Ursula Lehr, Bundesministerin a. D. und Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation Bonn, demonstrierte während ihres Vortrages mit ihren 82 Jahren leibhaftig, wie sehr kognitive Aktivität Menschen im Alter fit hält. Sie betonte die Bedeutung der Sekundär- und Tertiär-Prävention und dass auch ein kranker Mensch noch viele Elemente von Gesund-

heit habe, die es zu fördern gelte. Sie kritisierte, dass Alten- und Pflegeheime dies zu wenig berücksichtigten. Ebenso ver helfe die Stärkung der Rehabilitation dazu, dauernde Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu verringern, Kosten zu senken und die Lebensqualität wieder zu erhöhen.

Johannes Singhammer, MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Berlin, warnte davor, alt sein mit krank sein gleichzusetzen. Die heutigen Alten seien wesentlich fitter als gleichaltrige Senioren vor fünfzehn Jahren. Er sprach sich dafür aus, die Überschüsse des Gesundheitsfonds sinnvoll zu nutzen und riet den Kassen zu einem vernünftigen Umgang mit den vorhandenen Beiträgen. Zentral sei aber auch die Stärkung der Prävention und eine Aufstockung des Pflegepersonals.

Professor Dr. Volker Ulrich, Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft der Universität Bayreuth, empfahl, die vorhandenen Potenziale der alt werdenden Menschen mehr zu nutzen. Er unterstrich die Bedeutung des Case- und Care-Managements und sprach sich für eine Verzahnung und Ausdifferenzierung der Versorgung aus, vor allem im ambulanten Bereich.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die Ursula Heller vom „Bayerischen Rundfunk“ moderierte, wurden die in den Vorträgen genannten Aspekte mit Einbeziehung des Publikums vertieft.

*Sophia Pelzer (BLÄK)*

## Special Olympics mit 5.000 Athletinnen und Athleten

Der Veranstalter Special Olympics e. V. erwartet in diesem Jahr einen Teilnehmerrekord. Vom 20. bis 26. Mai finden in München die Special Olympics 2012 statt, bei denen sich Menschen mit geistiger Behinderung in sportlichen Wettkämpfen messen können. Zahlreiche Sponsoren und ehrenamtliche Helfer unterstützen die Spiele. Neben dem Spaß am Sport, geht es bei den Special Olympics auch um Gesundheit und Prävention. Das Gesundheitsprogramm „Healthy Athletes“ bietet den Teilnehmern Angebote für kostenlose und umfassende Beratungen, Kontrolluntersuchungen und Weiterbehandlungsempfehlungen. Im Rahmen dieses Gesundheitsförderprogramms leistet auch die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) Unterstützung, wie Dr. Heidemarie Lux, Vizepräsidentin der BLÄK, Mitte Februar in München auf einer Pressekonferenz erklärte: „Wir bieten den Ath-



*Professor Dr. Augustinus Bader, Professor Dr. Elmar Gräbel, Ursula Heller, Professor Dr. Dr. Ursula Lehr und Professor Dr. Volker Ulrich (v. li.) diskutierten auf dem BKK Tag über die veränderten Anforderungen an die Gesundheitsversorgung, die die alternde Gesellschaft mit sich bringt.*